

# Die Ameise.

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verw. Arbeiter.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

von

General-Rath.

Erscheint jeden Freitag.  
Bierteljährlicher Abonnements-  
preis für Nichtmitglieder 60 Pf.  
= 36 Kr. Oesterr. Währ. —  
Expedition: C. Köpcke, 25.  
Alle Postanstalten u. Zeitungs-  
Expeditionen nehmen Bestellan-  
gen an.

Redakteur: Hugo Polke,  
C. Köpcke, 25.

Insertionsgebühr für die je-  
weilige Seite 20 Pf. = 12 Kr.  
Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt  
15 Pf. = 9 Kr. Oesterr. Währ.

Für Zusendung v. Offerten unter  
Chiffre durch die Redaktion resp.  
Expedition werden 25 Pf. =  
15 Kr. Oesterr. Währ. als Ver-  
gütung erhoben.

Nr. 44.

Berlin, den 3. November 1876.

Dritter Jahrgang.

## Das Schlaraffenland der Social- demokraten.

I.

An Rührigkeit fehlt es den Socialdemokraten nicht; sie sind unruhig und angriffs-lustig wie alle, die auf Eroberungen ausgehen. Daß die Socialdemokratie gesonnen sei, mit Gründen die Welt von der Wichtigkeit ihrer Theorien zu überzeugen, kann nur der glauben, welcher das Wesen dieser Partei, für welche es kein anderes Mittel, als den gewaltthätigen Umsturz giebt, um zum Ziele zu gelangen, ganz und gar nicht kennt. Praktisch sein, sich, wenn einmal ein günstiger Augenblick kommen sollte, unvermuthet auf die Gesellschaft stürzen, um die Gewalt in die Hand zu bekommen; das ist die Grundlage des socialdemokratischen Feldzugsplanes. Lassalle wußte nicht eindringlich genug das Verhalten der Demokratie zu beklagen, welche nach den Märzereignissen es versäumte, sich des Heeres zu bemächtigen; ausdrücklich erklärte er in einem Vortrage den durchgefallenen Antrag des Abgeordneten Stein, man solle sich alsbald der Armee verschern und dieselbe fest in den Rahmen der Verfassung einschließen, für den einzig praktischen und zeitgemäßen und betonte es scharf und mit eindringlicher Wiederholung, um wie viel klüger sich damals die Regierung gezeigt habe, die zunächst auf nichts anderes bedacht war, als sich die Gewalt zu sichern, und inzwischen ihre Gegner mit den schönsten Versprechungen hinhielt. Praktisch zu sein, sich an den Kern der Sache zu halten, das Ziel fest ins Auge zu fassen und die Aufmerksamkeit durch nichts von der Hauptfrage ableiten zu lassen, das waren die strategischen Lehren, welche Lassalle seinen Anhängern in die Seele einzuprägen suchte. Wenn die Redner es lieben, mit der Stichhaltigkeit und Ueberzeugungskraft ihrer Gründe zu prahlen, so ist dies nur ein Mittel, ein mal um die Gedanken-lösen, die, wenn ihnen eine Behauptung oft vorgesprochen wird, zuletzt an die Richtigkeit derselben glauben, in ihr Garn zu ziehen und so ihren Anhang zu verstärken, und zum andern, um die Gegner dadurch einzuschläfern, daß dieselben zu der Ansicht verleitet werden, als lege die socialdemokratische Partei Werth auf die Macht der Gründe und wolle durch diese und nicht durch die Macht der Fäuste zum Siege gelangen.

Die Wortführer dieser Partei haben in den letzten Jahren viel darin geleistet, um den unteren Volksklassen einzureden, daß die socialdemokratischen Ideen mit Unrecht als ausschweifend und verwerflich verfolgt würden, während dieselben doch im Grunde ganz harmlos und so berechtigt wären, daß jeder, der sie nur überhaupt kennen lernen wollte und guten Willen hätte, ihnen anhängen müßte. Man will die große Zahl der bedächtigen Arbeiter und namentlich der überlegenden Kleinbürger und Kleinbauern nicht dadurch kopfscheu machen, daß man zu ihnen die unverblühte Sprache redet, welche man dem Janhagel einer Großstadt bieten kann. So pflegt aber hat es bisher noch Niemand verstanden, der Partei den weißen Tugendmantel umzuhängen, als eine kürzlich in Braunschweig von dem Socialdemokraten Bracke herausgegebene Brochüre, welche denn auch in den socialdemokratischen Blättern gebührend gepriesen wird. Da sie bestimmt ist, als Flugblatt bei den nächsten Wahlen zu wirken, so verlobt es sich, weiter auf dieselbe einzugehen.

Man sage den Socialdemokraten nach, sie wollen den Besitz theilen. Wie könne man aber halbwegs vernünftigen Leuten so verrückte Absichten zuschreiben, z. B. eine Eisenbahn zu theilen? Nein diese Vor-

würfe werden nur erhoben, um den Bestrebungen des Volks etwas Lächerliches anzuhängen. In dieser Weise sucht die Brochüre mit Eifer die Bedenken zu zerstreuen, welche dem kleinen Mann, der zwar ein Besitzthum hat, aber nicht frei von Sorgen ist, aufsteigen könnten, wenn man ihn aufforderte, einem socialdemokratischen Kandidaten seine Stimme bei den Wahlen zu geben. Mit der ganzen Geschichte vom Theilen bemerkt die Brochüre, ist es nichts. Wenn man ein Bißchen weiter nachdenkt, muß man sich auch sagen, daß es doch nicht gut möglich ist, daß die vielen Leute, die sich zur Socialdemokratie bekennen, solche wirklich blödsinnige Absichten haben sollten! Die Socialdemokraten — heißt es in der Brochüre sehr schlaun — wollen das Theilen nicht einführen, sondern abschaffen. Die Theilerei stehe heute in der schönsten Blüthe. Ein Engländer, Namens Mill, (vor Kurzem verstorben) einer der gelehrtesten Männer der Wissenschaft hat in einer seiner Schriften Folgendes ausgesprochen:

Wie wir es jetzt sehen, vertheilt sich das Ergebniß der Arbeit fast im umgekehrten Verhältnisse zur Arbeit — so daß die größten Antheile denen zufallen, welche überhaupt nie gearbeitet haben, die nächstgrößten denen, deren Arbeit beinahe nur nominell ist, und so weiter herunter, indem die Vergütung in gleichem Verhältnisse zusammenschrumpft, wie die Arbeit schwerer und unangenehmer wird, bis endlich die ermüdendste und aufreibendste körperliche Arbeit nicht mit Gewißheit darauf rechnen kann, selbst nur den nothwendigsten Lebensbedarf zu erwerben.

Man braucht in der That nicht erst das Zeugniß des englischen Volkswirthe zu hören, um sich von der Wahrheit dessen, was Allerwelt bekannt ist, zu überzeugen. Der Thürmer und der Nachwächter haben einen unangenehmeren Dienst als der Oberbürgermeister und werden trotzdem schlechter bezahlt als der letztere. Der Geselle hat vielleicht sehr viel mehr zu thun als der Meister und bekommt doch immer nur den kleineren Theil des Erwerbs. Der Ackerknecht muß sich schlimmer plagen als der Bauer und hat gleichwohl geringeren Verdienst. Das Alles sind Wahrheiten, welche zu bestreiten keinem Menschen einfallen wird. Wenn man aber Phantasien nach Art der Kinder, welche träumen: „Ich wollte, ich wäre König!“ daran knüpfen will, so stellt man sich auf eine sehr niedrige Stufe der Lebensweisheit, auf eine Stufe, welche der Kleinbürger und Kleinbauer einzunehmen sich schämt, weil er dazu zu klug ist und zu viel Erfahrung hat. Wie wir in einem nächsten Artikel zeigen werden, die Folgerungen und Vorschläge nicht, welche der Verfasser der Brochüre, indem er die Ideen der Socialdemokratie entwickelt, nunmehr seinen Lesern aufstischt.

## Protokoll der 3. ordentlichen Generalversammlung zu Rudolstadt,

verhandelt den 23. bis 27. September 1876.

(Schrift des zweiten Sitzungstages.)

Vor der weiteren Berathung des Krankenkassenstatuts stellt Hr. Dollmann den Antrag, zunächst über die Agitation zu berathen, da in Rücksicht auf die eventuell zu treffenden Vorbereitungen die baldige Beschlußfassung über diesen Punkt sich als nothwendig erweise. Hr. Bey bejworte dies. Antrag Dollmann wird angenommen und mit 7 gegen 4 Stimmen eine Agitation für unsern Gewerksverein beschlossen. Bey beantragt alsdann (13), Hr. Polke mit der Agitation zu beauftragen, demselben aber noch einen Kollegen an die Seite zu geben. Außerdem beantragt Bey, für die Agitation insgesammt 300 Mk. zu bewilligen, die ausreichend wären, da die Kosten, welche die Anwesenheit des Hr. Polke auf unserer Generalversammlung, sowie die Hin- und Rückreise nach und von Rudolstadt veranlassen, vom Verbandsgetrage werden, als dessen Vertreter Hr. Polke ja anwesend sei.

Hr. Dollmann will hinsichtlich der Ausführung der Agitation die nächst Rudolstadt gelegenen Orte von Mitgliedern, die weiter gelegenen von Hr. Polke besucht wissen; Hr. Baesler ist dafür, daß auch schon bestehende Vereine berücksichtigt werden; Hr. Hellmigt bemerkt, daß die Agitation sich nur auf Thüringen beschränken könne und spricht gleichzeitig den Wunsch aus, daß vom Verband ein Beitrag dazu geleistet werden möchte. Bey und Dollmann erklären, daß der Verband dazu nicht in der Lage sei. Hr. Scholz wünscht, daß von den etwa bewilligten Kosten zur Agitation auch für Altenburg etwas übrig bleibe, welcher Wunsch bei Berathung des betr. Punktes des Gewerksvereinsstatuts seine Erledigung finden soll. Hr. Nagel beantragt (14), die Kosten der Agitation dürfen nicht mehr als 300 Mk. betragen. Bey zieht zu Gunsten dessen seinen, denselben Gegenstand betreffenden Antrag zurück. Dollmann bringt den Antrag ein (15), höchstens 200 Mk. zur Agitation zu bewilligen und spricht gleichzeitig den Wunsch aus, eine Aufstellung der zu besuchenden Orte zu veranlassen. Antrag Dollmann (15) wird angenommen. Antrag Nagel (14) ist damit gefallen. Hr. Schmidt (Lettin) als Gast, schlägt Wallendorf, Ohrdruff, Zinnena und Sonneberg zur Berücksichtigung vor. Bey giebt eine umfassende Aufstellung der betr. Orte, worauf Hr. Scholz darauf aufmerksam macht, daß die bewilligten Gelder schwerlich dazu ausreichen dürften. Hr. Bey stellt hierauf den Antrag (16), etwaige Mehrkosten, welche durch die Agitation entstehen, sind vom Generalrath nachträglich zu bewilligen. Die Agitation soll von den beiden Herren jedoch nach Ansicht Bey getrennt betrieben werden. Antrag Bey (13) wird alsdann dadurch erledigt, daß Hr. Hellmigt zur Begleitung des Hr. Polke gewählt wird. Antrag Bey (16) auf Bewilligung etwaiger Mehrkosten, wird, nachdem Hr. Scholz dafür gesprochen, ebenfalls angenommen. Schließlich wird die Bestimmung der Orte, sowie die Art der Agitation den beiden zur Ausführung der Agitation bestimmten Herren überlassen.

Es tritt eine Pause von zehn Minuten ein.

Nach derselben erhält Hr. Scholz das Wort zur Geschäftsordnung und bittet die Delegirten, die Debatte auf das nothwendigste Maß zu beschränken, ohne jedoch wichtige Punkte zu übersehen oder unberücksichtigt zu lassen.

Es wird hierauf in der Berathung des Krankenkassen-Statuts fortgefahren.

Der § 6 wird ohne Diskussion mit der Abänderung des Generalraths statt Krankenkasse „Kranken- und Begräbniskasse“ zu setzen, angenommen.

Bei § 7 veranlaßt der Antrag des Gen.-Raths, statt dem letzten Satz des Abs. 1 zu sagen: „Auf Beschluß der örtlichen Verwaltung ist das erkrankte Mitglied verpflichtet, sich auf Kosten der Kasse durch einen von der Verwaltung bestimmten Arzt einer nochmaligen Untersuchung zu unterwerfen“, eine lebhafteste Debatte, in der sich Hr. Baesler für denselben erklärt. § 7 wird schließlich mit dem Antrage des Gen.-Raths angenommen, jedoch bleibt der vom Gen.-Rath gestrichene Satz bestehen, mit der Umwandlung des Wortes „wöchentlich“ in „vierteljährlich“; ebenso wird § 8 mit der Aenderung des Gen.-Raths, in der ersten Zeile einzuschalten „und Begräbnisunterstützung“, angenommen.

In der Berathung über § 9 tritt der Vertreter des D. B. Charlottenburg, sowie Hr. Dollmann für den Antrag dieses Vereins („Ameise“ 35 Nr. 7) unter Mitwirkung desselben ein. Hr. Fenz I. erklärt sich gegen diesen Antrag und legt seine Gründe dar. Der § wird schließlich mit dem Antrage des Gen.-Raths, die Aenderung zu streichen, angenommen, Antrag Charlottenburg abgelehnt.

§ 10 wird hierauf gleichfalls mit den Aenderungen des Generalraths angenommen, nachdem der Vertreter von Schierbach, Hr. Gack, den Antrag dieses D. B. auf Zahlung von 78 Wochen Krankengeld in Rücksicht auf das Gutachten des Sachverständigen zurückgezogen hat. § 11 und 11a werden ebenfalls angenommen nach den Beschlüssen des Gen.-Raths. Zu § 12 wird der Antrag Althaldensleben („Ameise“ 35 Nr. 4), vor „Erlaubniß“ das Wort „schriftlich“ zu setzen, angenommen. Hr. Baesler beantragt (17) an Stelle des Abs. 1 den Abs. 2 des § 8 des alten Krankenkassenstatuts zu stellen. Hr. Bey erklärt sich dagegen, hält eine strengere Bestimmung für nothwendig und weist auf einen Fall hin, in dem er auf 4 Wochen eingezogenes Mitglied in dieser Zeit thatsächlich den Keim zu einer Krankheit davongetragen habe. Antrag Baesler

wird dann abgelehnt; Antrag des Gen.-Raths auf Streichung des Abs. b und damit § 12 angenommen.

§§ 13, 14 und 15 werden gestrichen.

Zu § 16 wird nach lebhafter Diskussion ein von Hrn. Polke formulirter Antrag (18): „Das Begräbnisgeld wird an die gesetzlichen Erben des verstorbenen Mitgliedes gegen Beglaubigung und Vorzeigung des Todtenscheines vom Ortskassirer gezahlt“ zc. angenommen, im Uebrigen der § nach den Aenderungen des Gen.-Raths angenommen, ebenso § 16a und 16b. Bei § 17 beantragt Scholz (19) statt „Kontroleur“ zu sagen „Gegenbuchführer“, und begründet seinen Antrag mit der von ihm gemütheten strengen Kontrolle besonders bei der Hauptverwaltung; eine solche Kontrolle steht er durch Gegenbuchführung garantiert. Hierin greifen gleichzeitig ein Antrag des Hrn. Weiß und der Aenderungsantrag des Gen.-Raths, welche den Kontroleur gestrichen wissen wollen und für die Lenz I. und Bey eintreten, während Hr. Polke sich für Antrag Scholz erklärt, da man den Kontroleur ja auch in der Hauptverwaltung belassen habe. Nach Schluß der Debatte erklärt Hr. Bey als Referent, daß er sich bezw. mit dem Antrage Scholz einverstanden erklären könne, soweit es sich um die Hauptverwaltung handle, keineswegs jedoch bei den örtlichen Verwaltungsstellen. Hr. Scholz als Antragsteller bekräftigt nochmals seinen Antrag; derselbe wird jedoch mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Hr. Paesler beantragt, den letzten Abs. des § 17 zu streichen und wird darin von Scholz unterstützt, der die Rechte der örtlichen Verwaltungsstellen so viel als möglich wahren will. Hr. Polke weist darauf hin, daß der Passus lediglich aufgenommen sei, um unsere Organisation vor Unfrieden zu bewahren und feindliche Elemente von der Verwaltung fernzuhalten. Hr. Bey macht darauf aufmerksam, daß für die Beibehaltung der betr. Bestimmung noch außer den von Hrn. Polke angeführten Gründen der Umstand spreche, daß thätigkeits unfähige Mitglieder zur Verwaltung vorgeschlagen werden können. Es tritt Schluß der Debatte ein. Hr. Paesler als Antragsteller zieht seinen Antrag in Rücksicht auf die für Beibehaltung des Passus angeführten Gründe zurück; Hr. Scholz nimmt denselben jedoch wieder auf, worauf derselbe nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte mit allen gegen eine Stimme abgelehnt wird. § 17 wird alsdann nach den Beschlüssen des Gen.-Raths angenommen.

Auf Antrag der Hrn. Werner, Bolms, Nagel zc. wird hierauf beschlossen, die Sitzung um 8 Uhr Abends zu schließen.

Die §§ 18, 19, 20, 21, 22, 23 und 24 werden nach den Anträgen des Gen.-Raths genehmigt mit der redaktionellen Aenderung, an den bezüglichen Stellen „Wirtschaftsabschlüsse“ zu sagen; in § 19 muß außerdem auf Anfordern der Behörde der letzte Satz gestrichen werden. Bei § 25 macht es sich durch die Anforderungen der Behörde, worüber Hr. Bey näheren Aufschluß giebt, notwendig, in der vom Gen.-Rath beschlossenen Aenderung statt „Anträge“ „Vorschläge“ zu sagen, sonst wird der Paragr. wie oben angenommen, ebenso die §§ 26, 27 u. 28. Zu § 29 beantragt Hr. Scholz (22), statt „Hauptkontroleur“ „Hauptgegenbuchführer“ zu sagen, welcher Antrag angenommen wird. Hr. Bey führt aus, daß es notwendig sei, die Verantwortung von 10 auswärtigen Vorstandsmitgliedern laut Vorschlag des Aewalls, und weiter die von 10 Ortsmännern zu bestimmen. Redner formulirt die betr. Bestimmungen, die von der Versammlung nach eingehender Diskussion acceptirt werden, womit § 29 angenommen ist. § 30 wird ohne Diskussion angenommen und schließt der Vorsitzende die Sitzung hierauf um 8 Uhr.

#### Dritter Sitzungstag.

Die Versammlung wird um 7 1/2 Uhr eröffnet. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder der Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Hr. Hellwig das Wort als Berichterstatter der Prüfungskommission des Geschäftsberichts des Schachvereins. Derselbe konstatiert, daß Alles in bester Ordnung beendigt worden sei von Anfang der Geschäftsjahresperiode des Schachvereins bis jetzt; die Kommission beantragt deshalb die Ertheilung der Decharge an den Schachmeister. Hr. Scholz stimmt sich dem an und hebt hervor, daß die Führung der Geschäfte besonders in der letzten Zeit beweis der Ueberständigkeit eine musterhafte Ordnung anweise.

Die Ertheilung der Decharge an den Schachmeister wird hierauf einstimmig beschlossen. Alsdann nimmt der Schachmeister das Wort, um seinen Dank für die Entlassung auszusprechen und darauf hinzuweisen, welche Schwierigkeiten sich ihm besonders im Anfang seiner Amtszeit entgegenstellten hätten. Sein Wunsch sei gewesen, von nicht nur Dank zu empfangen, sondern auch die Hauptverwaltung so viel als möglich zu verwickeln.

Zu Vorlesung der Geschäftsberichte und zur Bemerkung verschiedener Differenzen zwischen der Hauptverwaltung und den anderen Vereinen weist Hr. Scholz auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Anlegung eines Repertoirs für den Gen.-Rath hin. Die Sache sei am besten dem Gen.-Rath zur Entscheidung zu überlassen.

Hr. Schmidt legt nun den Depositions über die auf der nächsten Versammlung anzuhaltenden Punkte unseres Gewerkschafts vor und erörtert im Besonderen die Bedingungen, die zur Abhebung derselben zu er-

füllen seien. Der Schachmeister, auf dessen Namen die Gelder angelegt seien, habe deswegen noch keineswegs die Möglichkeit der Abhebung, denn der Depositions befindet sich nicht in seinen Händen, sondern sei unter Verwahrung des Vorsprechenden. Doch auch diesem sei dadurch die Abhebung nicht ermöglicht, denn es gehöre dazu noch die Beibringung eines Passwortes, das in zwei Stücken von derselben Hand geschrieben und in gleichfalls verschlossene Briefe gepackt, in dem einen Stück der Bank in Verwahrung gegeben und in dem andern Stücke in Verwahrung eines Revisoren zurückgehalten werde. Erst alle diese Erfordernisse machten die Abhebung überhaupt möglich. Redner hebt hervor, daß auf die in diesem Punkte getroffenen Vorsichtsmaßregeln gegenüber den Verdächtigungen und Verläumdungen unserer Gegner gegen den Gen.-Rath ein um so größeres Gewicht zu legen sei.

Der Vorsitzende bringt alsdann ein Gesuch des Vorkassalmalers H. aus Volkstedt zur Verlesung, in welchem derselbe unter Darlegung seiner Verhältnisse um eine Unterstützung zu dem Zwecke ersucht, sich eine entsprechende Beschäftigung beschaffen zu können. Das Gesuch wird bis zur Berathung des § 48 des Gewerkschaftstatuts zurückgestellt. (Fortsetzung folgt.)

## Die englische Chartistenbewegung.

Ein Vortrag von Eajo Brentano.

(Fortsetzung.)

Ich habe oben bemerkt, daß bei Constituirung der nationalen Chartistenassociation beschlossen wurde, nur friedliche und constitutionelle Mittel anzuwenden, um die Charte zum Landesgesetze zu machen. Bereits während der Wahlen für das neue Parlament war dem entsprechend eine neue Petition um die Charte vorbereitet und unterzeichnet worden. Diese zweite Petition begnügte sich jedoch nicht mit der Charte, sondern verlangte neben der Beseitigung einer Menge anderer Beschwerden auch den Widerruf der Union zwischen Großbritannien und Irland. Sie erhielt, wie angegeben wird, 3,300,000 Unterschriften. Ein neuer Convent wurde gewählt, um ihre Ueberreichung an's Parlament anzuordnen und trat am 12. April 1842 in London zusammen. Am 2. Mai wurde die Petition in langer, sehr ordentlicher Prozession vor das Parlament gebracht. Sechzehn Männer trugen sie durch die Straßen, und da sie zu groß war für die Thore des Unterhauses, wurde sie in Stücke zertheilt und so auf dem Boden des Hauses niedergelegt. Duncombe, der die Petition überreichte, beantragte am folgenden Tage, daß die Bittsteller selbst oder durch ihren Rechtsbeistand vor den Schranken des Hauses gehört würden. Es folgte eine lange Debatte, in der sich Macaulay durch die Heftigkeit seiner Bekämpfung des allgemeinen Stimmrechts hervorthat, und Roebuck, der Duncombe's Antrag unterstützte, bezeichnete den Verfasser der Petition als einen wilden, boshaften und feigen Demagog. Redner, die auf Roebuck folgten, benutzten diesen seinen Ausspruch, um zu protestiren, daß man Personen anhöre, die durch so charakteristische Führer geleitet würden, und der Antrag wurde mit 287 gegen 89 Stimmen verworfen.

Dies mußte der Idee der physischen Gewalt bei den Chartisten wieder die Oberhand geben. Der Convent zerstreute sich wieder und eine neue Schaar von Missionären durchzog, die Charte predigend, das Land. Für ihre gute Aufnahme war gesorgt, denn die neue Verwerfung der Charte durch das Parlament und insbesondere die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden hatten den Zorn aufs Aeußerste gesteigert und gleichzeitig herrschte im Jahre 1842 in den Fabrikdistrikten die bitterste Noth. Einmal um das andere Mal waren die Löhne herabgesetzt worden, bis Tausende auf das äußerste Minimum sich beschränkt sahen. Da wurden, gegen Ende Juli, in Ashton, Staleybridge und Hyde Versammlungen gehalten, bei denen die Redner eine Arbeitseinstellung empfahlen, bis die Arbeitgeber ihren Arbeitern Gerechtigkeit widerfahren ließen; am 5. August stellten die Arbeiter Ashton's dem entsprechend wirklich die Arbeit ein, und zwei Tage darauf beschlossen die Freunde, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Charte Gesetz sei. Eine ähnliche Versammlung folgte am 8. August zu Staleybridge; große Anschläge verkündeten: „Staleybridge folgt allenthalben, wenn die Gefahr zeigt“, und nachdem der Redner zur Versammlung gesprochen, begab sich das Volk zu den benachbarten Fabriken, um alle Arbeiter daraus zu entfernen. Damit nicht zufrieden, marschirten am folgenden Tage Tausende gen Manchester mit Stöcken bewaffnet und mit wehenden

Bannern. Am Eingang der Stadt trat ihnen der Magistrat an der Spitze von Militär entgegen. Doch nachdem die Führer garantiert hatten, daß man sich keinerlei Unordnung werde zu Schulden kommen lassen, ließ man sie in die Stadt, und sofort entfernten sie alle Arbeiter aus den Fabriken. Dieser Erfolg in Manchester ermutigte dann zu ähnlichem Vorgehen an anderen Orten. Alle Städte der Umgegend wurden durch große Abtheilungen Arbeiter besucht, die Pfropfen (plugs, daher der Name Plug-Plot für die Bewegung) wurden von den Kesseln der Dampfmaschinen genommen, um sie für eine Zeit lang untauglich zu machen, und in kürzester Zeit stand in Manchester und 50 Meilen im Umkreis alle Arbeit still außer in den Körnmühlen. Auch wurden absichtlich Ausnahmen gemacht zu Gunsten der Produzenten, die ohne sofortige Beendigung verdothen wären, und täglich sah ein Ausschuß, um in solchen Fällen Erlaubniß zum Arbeiten zu geben und um zuzusehen, daß solche Erlaubniß nicht mißbraucht würde.

(Fortsetzung folgt.)

## Bereinsangelegenheiten.

§ **Altwasser.** Protokollauszug der monatlichen Versammlung vom 21. Oktbr. Auf der Tagesordnung stehen 1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht vom 3. Quartal. 3. Bericht der Delegirten.

Die Versammlung, welche vom Vorsitzenden Hrn. Paesler eröffnet worden ist, wie das Verlesen der Mitgliederliste ergibt, von 34 Mitgliedern besucht. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und nach kurzer redaktioneller Aenderung genehmigt ist, bittet der Vorsitzende, da sein Stellvertreter nicht zugegen sei, einen stellvertretenden Vorsitzenden für die Dauer der Versammlung zu wählen. Hr. Wiesner wird gewählt und übernimmt den Vorsitz. An Stelle des Schriftführers Hrn. Schwager, welcher nur kurze Zeit der Versammlung beiwohnen kann, übernimmt der Unterzeichnete die Führung des Protokolls.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung übergehend, theilt der Vorsitzende der Versammlung die Aufnahme von drei neuen Mitgliedern durch den Ausschuß mit; ferner verliest derselbe die vom Ausschuß beschlossene Vertheilung des „Gewerkvereins“, welche von der Versammlung genehmigt wird.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung. Die Einnahme in der Gewerkschaftskasse betrug inkl. Vortrag vom 2. Quartal 379 Mk. 11 Pf., Ausgabe 274 Mk. 26 Pf., bleibt Bestand 104 Mk. 85 Pf. Davon sind angelegt im Vorschußverein zu Waldenburg 60 Mk., Kranke in Falle Einnahme inkl. Bestand 733 Mk. 35 Pf., Ausgabe 745 Mk. 70 Pf., somit eine Mehrausgabe von 12 Mk. 35 Pf. Angelegt im Vorschußverein sind 616 Mk. 80 Pf. Auf Antrag der Revisoren erfolgt Dechargeertheilung für den Kassirer.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung erstatten die Hrn. Paesler und Scholz in 3/4stündigen Vorträgen Bericht über die Verhandlungen der Generalversammlung. Aus demselben geht hervor, daß die Vertreter im Sinne ihrer Wähler gehandelt, und erklärt sich die Versammlung mit den in der Generalversammlung gefaßten Beschlüssen einverstanden. Aug. Springer, stellv. Schriftf.

§ **Schintebefeld.** Auf ihrer vom Delegirtentag unseres Gewerkschafts beschlossenen Agitationsreise berührten die Hrn. Polke-Berlin und Hellwig-Magdeburg auf Ersuchen auch unseren Ort und sprachen in einer vom D. V. einberufenen Volksversammlung über die Bestrebungen der Gewerkschaften. Die Vortragenden setzten in ruhiger und klarer Weise die Zwecke und Ziele unserer Organisation gegenüber der Socialdemokratie auseinander und erhielten den ungetheilten Beifall der Anwesenden. Die folgende, von den Unterzeichneten eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige Volksversammlung erkennt in den deutschen Gewerkschaften ein unentbehrliches Mittel zur materiellen und geistigen Hebung der arbeitenden Klassen, begrüßt die Bestrebungen dieser Organisation, an Stelle des Klassenkampfes die friedliche Vereinbarung zwischen Kapital und Arbeit zu setzen und erklärt es als Pflicht jedes Handwerkers und Arbeiters, zu seinem eigenen, seiner Familie und seines Berufs Besten den Deutschen Gewerkschaften beizutreten.“

Die Versammlung war von ca. 200 Personen, darunter auch von den Prinzipalen besucht.

Hartleb, Vors. Machalet, Schriftf.

\* **Charlottenburg.** Ortsvers. Montag, 6. November, Abends 8 Uhr, bei Freitag, Spreestr. 13. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Bericht betreffs der Aenderungen des neuen Hülfsklassenstatuts. 3. Vereinsangelegenheiten. H. Voigt, Schriftf.

## \* Sterbefall.

Johann Raus, Former aus Grünstadt, starb am 28. d. M. im Alter von 64 Jahren.